



Änderungsantrag

der Abgeordneten des SSW

Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe

Drucksache 15/3329

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass bundesweit noch immer nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Schulabgänger zur Verfügung stehen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt das Engagement aller Beteiligten in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltung, Kammern und beruflichen Schulen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung und alle anderen Beteiligten auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen, damit das Ziel erreicht wird, dass spätestens bis Ende des Jahres alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Tarifpartner auf, in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Regionen Regelungen in den Tarifverträgen zu schaffen, die dem Erhalt und der Schaffung von Ausbildungsplätzen dienen. Regelungen, die dazu führen, dass man gemeinsam auf tarifvertraglicher Basis in Ausbildungsfonds einzahlt oder in die überbetriebliche Ausbildung investiert sind unbürokratischer und flexibler als staatliche Abgaben.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat gegen die Einführung einer staatlichen Ausbildungsplatzabgabe und für tarifvertragliche Lösungen und die Stärkung der Tarifautonomie einzusetzen.

Lars Harms
für die Abgeordneten des SSW